Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur Felix Arnold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 25.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 100 Pfg., sonst 120 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 4½ Uhr vorm. Für Fehler infolge von Gesetz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 272. Mittwoch, den 24. November 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Ueber die Linienführung des Mittellandkanals ist unter den beteiligten Bundesstaaten eine Einigung erzielt worden.

•

Von den Linksunabhängigen ist dem Reichstage ein Antrag auf Aufhebung der am 10. November erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten gegen die wilden Streiks zugegangen.

•

In dem Jahresbericht des amerikanischen Generalstabschefs heißt es, daß die Kosten der amerikanischen Besatzung in Deutschland sich auf 257 Millionen Dollars belaufen, wovon Deutschland bisher 82½ Millionen bezahlt hat.

•

Die griechische Regierung hat, um die Rückkehr König Konstantins zu beschleunigen, beschlossen, unwiderruflich eine Volksabstimmung auf der Grundlage der Wählerlisten am 5. Dezember vorzunehmen.

Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Von Reichstagsabg. Alfred Brodauf.

Die Wahlen zum sächsischen Landtag haben wie alle Wahlen in diesem Jahre das Ergebnis gehabt, daß die Parteien, die in schwerer Zeit die Regierungsbildung übernommen hatten, eine Niederlage erlitten. Ueberall, im Reich, in Braunschweig, in Thüringen, in Sachsen das gleiche: Schwächung der Mittelparteien, Stärkung der Extreme rechts und links. Nur daß bei den Sachsenwahlen die Stärkung der Parteien der äußersten Linken wegen der inzwischen bei der Unabhängigen Sozialdemokratie eingetretenen Spaltung und Verwirrung, die vielfach zu Wahlenthaltung führte, nicht in demselben Maß zum Ausdruck gekommen ist wie bei den anderen Wahlen. Durch die Schwächung insbesondere der demokratischen Partei haben sich aber auch wiederum die größten Schwierigkeiten für die Bildung einer neuen Regierung ergeben. Wie sich diese zusammensetzen wird, ist noch in völliges Dunkel gehüllt, und es ist möglich, daß bis zur endgültigen Konstituierung lange Zeit vergehen wird. Hoffentlich nicht so lange Zeit wie in Thüringen, wo es über vier Monate gedauert hat, ehe die Regierung zustande kam.

Das Zünglein an der Wage bildet, so klein auch sie wiedergekehrt ist, die demokratische Partei. Die Bildung einer Regierung gegen ihren Willen erscheint ausgeschlossen. Zwar verfügen die vier sozialdemokratischen Gruppen zusammengerechnet über eine Mehrheit von 2 Stimmen (49 gegen 47), aber bei der Haltung der Kommunisten und der unabhängigen Moskowiter ist nicht daran zu denken, daß sich diese vier Gruppen zur Regierungsbildung zusammenfinden. Mit den Rechtsunabhängigen allein verfügen aber die Mehrheitssozialdemokraten über 40 Mandate, über zwei mehr, als die beiden rechtsstehenden Parteien zusammen inne haben. Ein deutschnationales Chemnitzer Blatt will wissen, daß die Demokraten um eines Ministersessels willen bereit seien, mit den beiden großen sozialistischen Parteien sich zur Regierungsbildung zusammenzufinden. Aber ganz abgesehen davon, daß eine solche Koalition nur genau die Hälfte der Stimmen, also noch keine Mehrheit zählte, wird sie von den Demokraten ebenso entschieden abgelehnt wie von den Rechtsunabhängigen. Die bei der völlig verfahrenen Lage einzig denkbare Mehrheit wäre eine solche von der Deutschen Volkspartei bis zur Mehrheitssozialdemokratie, die mit den acht Demokraten zusammen 53 Stimmen zählen. Eine solche Mehrheitsbildung wird denn auch bereits lebhaft erörtert, und es ist kein Geheimnis, daß volksparteiliche Führer hierüber mit den Sozialdemokraten verhandeln. Aber nur bei den Dresdner Sozialdemokraten begegnete der Gedanke keiner unbedingten Ablehnung, die Chemnitzer haben gegen eine solche Vermengung von Feuer und Wasser den allerschärfsten Widerspruch erhoben, der von ihrem Standpunkt aus durchaus selbstverständlich ist. Ein Zusammengehen mit der Volkspartei, die sich in ihrem Programm zur Monarchie bekennt, würde für die Mehrheitssozialdemokratie eine Massenabwanderung ihres Anhanges nach links bedeuten, würde in ihren Reihen eine ebensolche Entrüstung hervorrufen, wie auf der anderen Seite bei der Volkspartei. Deren Wähler sind ja gerade durch die Parole: Gegen die Sozialdemokratie! gewonnen worden. Das Bürgertum sei in Sachsen so stark, daß eine Regierung gegen die Sozialdemokraten möglich sei, und sie wollen eine solche Regierung, sie würden es schlechterdings nicht verstehen, wenn die Volkspartei nach den Wahlen genau dasselbe tun würde, was sie vor den Wahlen bei den Demokraten so heftig bekämpft hat. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß eine Regierung, die sich auf eine feste Mehrheit stützen könnte, ebensowenig zustande kommt wie im Reich, und daß, wenn nicht durch Neuwahlen eine Klärung versucht wird, ebenso wie in diesem eine Minderheitsregierung gebildet wird, die sich nur dadurch eine Zeitlang am Leben erhalten kann, daß sie von anderen Parteien geduldet wird. Da sich in Sachsen die Regierungsbildung dergestalt vollzieht, daß der Landtag den Ministerpräsidenten wählt, der selbstverständlich vor der Wahl schon mit einer Mitgliederliste aufwartet, und da von den Kommunisten und Linksunabhängigen anzunehmen ist, daß sie sich an dieser Wahl grundsätzlich überhaupt nicht beteiligen, so ist es durchaus möglich, daß die Ministerliste einer Koalition gewählt werden kann, die an und für sich keine Mehrheit in der Kammer hat.

Welche Minderheitsregierungen sind nun denkbar? Nur drei kommen in Frage: Die bisherige Koalition der Demokraten und Mehrheitssozialdemokraten mit 35 Sitzen, eine solche der beiden rechtsstehenden Parteien mit 38 Sitzen und eine solche der Mehrheitssozialdemokraten und Rechtsunabhängigen mit 40 Sitzen. Alle anderen Kombinationen scheiden von vornherein wegen innerer Unmöglichkeit oder wegen zu geringer Stärke aus. Die erste Kombination wäre zahlenmäßig die schwächste, sie darf auch deshalb nicht in Frage kommen, weil die Wahlen im Zeichen des Kampfes für oder wider sie gestanden und gegen sie entschieden haben. Es bleiben nur die beiden anderen Möglichkeiten. Es liegt auf der Hand, daß bei der zu erwartenden Stimmenthaltung der äußersten Linken die Entscheidung bei den acht Demokraten liegt, ob eine sozialistische Ministerliste oder eine solche der rechtsstehenden Parteien zum Siege kommt. Wenn ein deutschnationales Flugblatt vor der Wahl sagte: von den Demokraten spricht man nicht, so werden aller Voraussicht nach gerade sie von entscheidendem Einfluß sein. Als erste von den demokratischen Organisationen des Landes hat nun der Kreisausschuß für den 3. Wahlkreis Chemnitz-Westsachsen seine Meinung zur Frage der Regierungsbildung durch die unten abgedruckte Entschließung bekundet, und nach den bisher vorliegenden Berichten aus dem Lande ist anzunehmen, daß das die Meinung mindestens der überwiegenden Mehrheit der Partei ist. Die Entschließung spricht sich gegen jede eigene Beteiligung der Partei an der Bildung einer Regierungskoalition aus. Maßgebend für diese ablehnende Haltung gegenüber einem Zusammengehen auch nur mit der Deutschen Volkspartei ist nicht die berechtigte Erbitterung über die Art und Weise des von den rechtsstehenden Parteien gegen die Demokraten geführten Kampfes, maßgebend sind allein nüchterne, reale Erwägungen. Die demokratische Partei hat sich bei der Gründung die Aufgabe gestellt, die sozialen Gegensätze zu überbrücken, sie will daher keine gegen die in ihrer erdrückenden Mehrheit sozialistischen Arbeiter, sondern sie ist zur Mitarbeit mit der Sozialdemokratie bereit, soweit solche Mitarbeit auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung möglich ist. Sie hat diese Bereitschaft betätigt durch die Koalition mit der Mehrheitssozialdemokratie, in der sie selbstverständlich hat Opfer bringen müssen, die aber nicht über das gebotene Maß hinaus, insbesondere nicht soweit gegangen sind, daß die Partei ihre Hand zu Sozialisierungsexperimenten geboten hätte. Die große Mehrheit des Bürgertums, das unmittelbar nach der Revolution für eine solche Politik zu haben war, hat inzwischen ihre Meinung geändert und sich gegen eine Politik des Ausgleichs entschieden, sie will, daran kann kein Zweifel sein, eine rein bürgerliche Regierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie, wie eine solche, freilich zufolge des eigenen Willens der letzteren, zur Zeit im Reich besteht. Haben aber die Demokraten für ihre Politik des Ausgleichs, die sie nach wie vor für die richtige und auf die Dauer allein mögliche halten, ein Mißtrauensvotum erhalten, finden sie dafür kein Verständnis, so ist es durchaus geboten und vom demokratischen Standpunkt aus nur folgerichtig, wenn sie selbst in die neue Regierung nicht eintreten, bis die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Ausgleichspolitik sich wieder durchringen wird, die Erkenntnis, die ein rechtsstehendes Chemnitzer Blatt unmittelbar nach den Reichstagswahlen, als diese nicht die erhoffte Mehrheit für die rechtsstehenden Parteien brachten, in den bezeichnenden Worten zum Ausdruck brachte: ihr Urteil über die demokratische Partei fasse sie dahin zusammen, daß diese, wenn sie nicht bestünde, noch gegründet werden müßte.

Die Ablehnung einer eigenen Beteiligung an der Regierung würde keineswegs gleichbedeutend sein mit Obstruktion, mit dem Willen, eine Regierungsbildung zu verhindern. Eine solche Obstruktion wäre ganz undemokratisch, sie ist undenkbar für eine Partei, die auf dem Boden der Verfassung steht. Nein, die D. D. P. muß und wird auch ohne daß sie Ministersessel aus ihren Reihen besetzt, an der Regierungsbildung durch Stimmabgabe mitwirken. Das verlangt auch die Zwickauer Resolution: Jede Regierung soll loyal unterstützt werden, sofern sie sich auf den Boden der Verfassung stellt und soweit sie für Ruhe, Ordnung und Sicherheit sorgt. Die Rechtsparteien haben, wenn sie auch weit entfernt von einer Mehrheit im Lande sind, doch ohne Zweifel den größten Wahlerfolg errungen. So sollte ihnen auch, da eine Mehrheitsregierung voraussichtlich nun einmal nicht zustande zu bringen ist, die Möglichkeit gegeben werden, durch Uebernahme der Regierung ihre Versprechungen an das Volk zu verwirklichen. Würde ihnen der Wiederaufbau unseres in erster Linie durch den Krieg und weiter durch die Revolution zerrütteten Staatswesens gelingen, so könnte das den Demokraten, die nichts für ihre Partei, sondern alles für das Vaterland wollen, nur recht sein. Gelingt jenen Parteien das nicht, spitzen sich die Verhältnisse unter einer Rechtsregierung immer mehr zum Klassenkampf zu, so wird das Bürgertum einsehen, daß es nicht auf dem richtigen Weg gewesen ist, als es am 6. Juni und am 14. November sich gegen die Politik des Ausgleichs ausgesprochen hat, die nur zu verwirklichen ist beim Vorhandensein einer starken demokratischen Partei.

•

Entschließung.

Weite Schichten unseres Volkes haben für die Aufgabe und das Wirken der D. D. P. als einer Partei der sozialen Versöhnung, der Ueberbrückung der Klassengegensätze kein Verständnis gezeigt. Die Wahlen haben gegen die D. D. P. und ihre für das Vaterland geleistete Arbeit entschieden. Der Kreisausschuß der D. D. P. im Wahlkreis Westsachsen hält es deshalb für geboten, daß sich die D. D. P. an der Regierungsbildung nicht beteiligt. Sie soll aber jede Regierung, die sich auf den Boden der Verfassung stellt und für Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande sorgt, loyal durch praktische Arbeit unterstützen. In erster Linie sollte die demokratische Fraktion des neuen Landtags dafür eintreten, daß die beiden rechtsstehenden Parteien, die bisher nur schärfste, den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht werdende Kritik geübt haben, die Regierungsbildung übernehmen und ihr besseres Können durch die Tat beweisen.

Eine belgische Drohung?

Nach einer Meldung der vereinigten Büros Havas und Reuter sollen die Reden, die letzter Tage der Reichskanzler Fehrenbach und der Außenminister Dr. Simons in Aachen gehalten haben, in Brüssel im Schoße der belgischen Regierung als schwerwiegend erachtet worden sein. Die betreffende Meldung besagt weiter, man habe innerhalb der belgischen Regierung den Eindruck gewonnen, daß Deutschland die in Versailles geleistete Unterschrift unter den Versailler Frieden nicht anzuerkennen gedenke. Wenn man nun genauer hinsieht, so wird auf den ersten Blick hin nicht ganz ersichtlich, was sie im einzelnen besagen soll. Dr. Simons hat in Aachen erklärt, wir würden die bei der Abstimmung über das künftige Schicksal von Eupen-Malmedy befolgte Methode — und also auch die Abstimmung und ihr Ergebnis selbst — nicht als rechtsverbindlich anerkennen. Genau so, nur in der Form noch schärfer, hatte sich aber vorher der deutsche Reichsminister des Aeußern bereits im Reichstag geäußert, als seinerzeit die Interpellation des demokratischen Abgeordneten Schiffer zur Erörterung stand und bekanntlich Anlaß zu einer eindrucksvollen Kundgebung des deutschen Reichsparlamentes zugunsten der im Widerspruch zu aller öffentlichen Moral vom Deutschen Reich entrissenen deutschen Bevölkerungsteile der erwähnten Gebiete Gelegenheit bot. Von der Tribüne des Reichstages herab hatte Dr. Simons ausgeführt, daß der befolgte Abstimmungsmodus im Versailler Vertrag keinen Rechtsboden fände, daß die deutschen Beschwerden bisher bedauerlicherweise ohne Erfolg geblieben seien, und daß er sich daher gezwungen sähe, gegen das Votum über Eupen-Malmedy namens der Reichsregierung kündigen Protest einzulegen. Wir haben nicht vernommen, daß diese Darlegung, sei es der belgischen Regierung, sei es der belgischen Presse, Anlaß zu besonderer Entrüstung geliefert hätte. Man muß also annehmen, daß jetzt der Umstand von der belgischen Regierung als schwerwiegend erachtet wurde, daß Dr. Simons seine erneuten Aeußerungen in Aachen, dem Hauptorte des von den Belgiern besetzten deutschen Westgebiets, getan hat. Aber auch dagegen läßt sich Stichhaltiges doch im Grunde nicht einwenden, und so bleibt in der Tat nur die Annahme übrig, daß die belgische Regierung aus der Tatsache des deutschen Protestes an und für sich Veranlassung zu einem besonderen Schritt entnehmen könnte. Wir werden abzuwarten haben, ob in dieser Richtung wirklich etwas geschieht. Es ist nur nicht anzunehmen, daß wir auf unseren Standpunkt, für den das Recht spricht, zugunsten des belgischen Jus verzichten werden!

Unsere zurückgehaltenen Kriegsgefangenen.

Auf Anfrage des Abg. Freiherrn van Lersner (D. Vp.), welche Schritte die Reichsregierung unternommen habe, um das schwere Los der noch in Frankreich (Avignon) zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu erleichtern und ihre Freilassung zu bewirken, antwortete im Reichstage am gestrigen Dienstag Reichskommissar Seidel: Bereits am 10. Mai 1919 übermittelte die deutsche Friedensdelegation dem Präsidenten Clemenceau eine Note, in der sie die Freilassung der noch in Frankreich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen verlangte. Am 20. Mai antwortete Clemenceau abschlägig. Am 28. Mai 1919 sandte die deutsche Friedensdelegation nochmals eine ausführliche Gefangenennote, in der sie das Unmögliche der Annahme des betreffenden Artikels des Friedensvertrages betonte. Darauf erfolgte keine Antwort. Seitdem hat die deutsche Regierung durch Vermittlung der deutschen Friedensdelegation alles versucht, um durch schriftliche und mündliche Vorstellungen die Freigabe der Kriegsgefangenen zu erreichen. Frankreich wollte jedoch auf seine Rechte nicht verzichten. Am 3. Juni wurde eine offizielle Note überreicht, in der es hieß, die Angelegenheit sei den zuständigen fran-